

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2008



Ein Familienkrach um die Rentenformel

Die CDU lebt. In der Partei wird heftig und ohne Rücksicht auf Amt und Würde der Kombattanten gestritten. Und das ausgerechnet über ein Thema, auf das die Partei seit der Gründung der Bundesrepublik den Anspruch eines natürlichen Monopols für das soziale Gewissen und die politische Vernunft erhebt: über die Rentenformel als dem rechnerischen Herzstück der sozialen Sicherung in Deutschland.

Der Vorschlag von Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Vorsitzender der CDU, die Höhe der Rente maßgeblich auch von der Länge der Zeit der Beitragszahlung abhängen zu lassen, hat in der Partei einen Sturm des Protestes ausgelöst. Die Wucht dieses Aufruhrs mag überraschend sein. Aber es verwundert doch, dass ein so guter Kenner seiner Partei, wie Jürgen Rüttgers es ist, diesen Konflikt nicht vorhergesehen hat. Oder hat er die Bereitschaft seiner Partei überschätzt, auf Opportunismus zu setzen und das mathematische Hebelwerk der Rentenversicherung zu opfern?

Denn darauf läuft sein Vorschlag hinaus. Die staatliche Rentenversicherung kalkuliert zwar nicht wie eine Versicherung, die mit Risiko und Kapitalverzinsung rechnet. Aber die Rentenformel hat doch bis heute immer eine Konstante behalten: die Höhe der Auszahlungen richtet sich – im Prinzip jedenfalls – nach der Höhe der Einzahlungen. Das hat die Rentenkassen wenigstens in der Nähe zu den wirtschaftlich kalkulierenden – also richtigen – Versicherungen gehalten. In der CDU ist dieses Prinzip auch nicht zuletzt deshalb immer verteidigt worden, um eine völlige Politisierung der Rentenversicherung zu verhindern.

Die Heftigkeit des innerparteilichen Widerstandes gegen den Vorschlag von Jürgen Rüttgers ist also verständlich: Die Union hätte ein Stück ihrer Sozialgeschichte aufgegeben, hätte sie dem Plan vorbehaltlos zugestimmt.

Hans D. Barbier

Anhaltender Boom beim Öko-Landbau

Der Anteil der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland an der gesamten Agrarwirtschaft wächst weiter. Im Jahr 2007 wurden die Flächen um insgesamt 5,8 Prozent auf 873 010 Hektar erweitert. Die Zahl der Bio-Betriebe nahm gegenüber 2006 um 2,8 Prozent auf 18 046 zu. Mit einem Umsatzplus von 15 Prozent auf 5,3 Milliarden € konnte der Bio-Markt in Deutschland erneut zulegen und verzeichnet im vierten Jahr in Folge zweistellige Wachstumsraten.

Im europäischen Vergleich – die Zahlen liegen erst für das Jahr 2006 vor – liegt Deutschland bei den ökologisch genutzten Agrarflächen an dritter Stelle der 27 EU-Staaten, hinter Italien und Spanien, beide mit rund 1,15 Millionen Hektar. Auf Deutschland folgt Großbritannien mit knapp 605 000 Hektar Anbaufläche. Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche beträgt in Deutschland 4,8 Prozent, das bedeutet Platz 13 in Europa.

www.boelw.de

Mehr grüne Mode im Kleiderschrank

Die Bundesbürger richten ihr Augenmerk verstärkt auf ökologisch hergestellte Produkte. Das gilt nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für Bekleidung: Jeder vierte Deut-

sche interessiert sich für Textilien aus Bio-Baumwolle, bei deren Herstellung auf Pestizide und synthetische Düngemittel und Entlaubungsmittel verzichtet wurde.

Der deutsche Trend entspricht der Entwicklung im weltweiten Handel: Zwischen 2001 und 2005 stieg der Umsatz mit biologischen Baumwollprodukten von 245 Millionen auf 583 Millionen US-\$. Das weltweite Angebot verneunfachte sich von 6 480 Tonnen im Erntejahr 2000/2001 auf 57 931 Tonnen im Erntejahr 2006/2007. Mehr als 70 Prozent der Bio-Baumwolle stammen aus der Türkei und aus Indien.

iwkoein.de

Biokraftstoff weltweit gefördert

Im Januar 2008 ist die zweite Stufe des „Biokraftstoffquotengesetzes“ in Kraft getreten. Seitdem wird reines Pflanzenöl erstmalig mit rund 0,10 € pro Liter und Biodiesel zusätzlich mit rund 0,06 € pro Liter besteuert.

Rund 5,2 Milliarden Liter Biokraftstoffe sind 2007 in Deutschland gezapft worden. Davon wurden 2,1 Millionen Liter Biodiesel als Reinkraftstoff abgesetzt. Außerdem wurden 1,7 Millionen Liter Biodiesel als Beimischung verkauft. Am gesamten Kraftstoffverbrauch hat Biokraftstoff einen Anteil von rund sieben Prozent. Den Anteil

Biokraftstoff

Verbrauch 2007, in Milliarden Litern

Biodiesel (Reinkraftstoff)	2,1
Biodiesel (Beimischung)	1,7
Bioethanol	0,6
sonstige	0,8
Gesamtmenge	5,2

Quelle: Deutscher Bundestag

von Biodiesel als Reinkraftstoff beziffert die Bundesregierung mit etwa drei Prozent, beigemischt wurden rund 2,4 Prozent. Der Pflanzenöl-Anteil am Kraftstoffverbrauch lag bei 1,2 Prozent.

Die Produktionskapazitäten für Biodiesel haben sich innerhalb von sieben Jahren nahezu vervierfacht.

Derzeit werden auf zwei – von insgesamt elf Millionen – Hektar der deutschen Ackerfläche nachwachsende Energieträger angebaut. Der weitaus größte Teil entfällt schon jetzt auf Biokraftstoffe. Aus drei Kilo Rapsaat entsteht ein Liter Öl, aus einem Hektar Raps können etwa 1 600 Liter Biodiesel gewonnen. Die Anbaufläche kann Experten des Umweltbundesamtes zufolge maximal auf drei Millionen Hektar erweitert werden.

Bis 2020 soll Biokraftstoff in der Europäischen Union einen Anteil von zehn Prozent an den Kraftstoffen im Verkehr ausmachen. Die USA streben 15 Prozent bis 2022 an, China und Indien wollen bis 2020 sogar 20 Prozent ihres Rohölbedarfs durch Biokraftstoffe ersetzen. Im Jahr 2020 würden dann fünfzehn Prozent des weltweiten Kraftstoffbedarfs über Biokraftstoffe abgedeckt werden. Das wären 300 Milliarden Liter pro Jahr.

Nahrungsmittel: Weltweit knapp?

Die Preise für Grundnahrungsmittel steigen weltweit. Schuld daran sind für manche die veränderten Ernährungsgewohnheiten in aufstrebenden Staaten wie China und Indien. Andere sehen die Ursache in der verstärkten Produktion von Biokraftstoffen. Doch das sind nicht die einzigen Gründe.

Die Welternährungsorganisation FAO – Abkürzung für „Food and Agriculture Organization“ –, die Sonderorganisation der Vereinten Nationen (United Nations, UN) für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwesen, schlägt Alarm: Im Jahr 2007 waren 856 Millionen Menschen – davon 170 Millionen Kinder – schwer und dauerhaft unterernährt.

Vor allem durch steigende Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais und Weizen droht weiteren Millionen Menschen Hunger. Nach Angaben der Weltbank sind die Preise für Lebensmittel in den vergangenen drei Jahren weltweit um 83 Prozent gestiegen. Das „International Food Policy Research Institute“ hat ausgerechnet, dass die weitere Verteuerung von Nahrungsmitteln um einen Prozentpunkt Hunger für rund 16 Millionen Menschen bedeutet.

Mehr Wohlstand, andere Ernährung

Wenn der Wohlstand wächst, ändern sich in der Regel die Ernährungsgewohnheiten. Im Nachkriegsdeutschland kam es einst in den 1950er Jahren zur „Fresswelle“: Es wurde nachgeholt, was in den entbehrungsreichen Kriegesjahren fehlte. In den vergangenen Jahren ist der Wohlstand besonders in asiatischen Ländern, allen voran China und Indien, gewach-

sen. Deshalb wird dort mehr Fleisch nachgefragt, statt einer gibt es zwei oder mehr Mahlzeiten, westliche Lebensmittel stehen auf den Einkaufszetteln.

Die neuen Essgewohnheiten wirken sich auf Umwegen auf die Preise aus. Für die Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch werden 1,3 Kilogramm Getreide oder bis zu acht Kilogramm Gras benötigt. Weil zum Beispiel in China mehr Fleisch auf den Speisezetteln steht, müssen Landwirte entscheiden: Wird Getreide für Brot oder zur Tierfütterung produziert? Oder: Soll auf Feldern anstelle von Getreide Gras als Rinderfutter angebaut werden? Entscheidet sich der Landwirt für Futteranbau, lassen sich mehr Tiere versorgen. Das ist auch nötig, denn Getreide besteht zu 80 Prozent aus Nährstoffen, Fleisch dagegen nur zu 20 Prozent. Der Mensch benötigt also die vierfache Menge, um den gleichen Nährwert zu erreichen.

Nahrungsmittel oder Energieträger?

Die Biokraftstoffproduktion wirkt ebenfalls preistreibend. Auf vorhandenen oder neu erschlossenen Anbauflächen stehen mögliche Nahrungsmittelpflanzen in Konkurrenz zu Feldfrüchten, die als Energieträger verwendet werden. Viele Landwirte werden „Energiewirte“ und stellen ihre Produktion auf Energiepflanzen wie Mais,

Raps oder Zuckerrohr um, weil sie dank staatlicher Förderung höhere Erlöse erzielen als mit dem Nahrungsmittelanbau.

Weltweit wandern fünf Prozent des Getreides in den Tank. Diese Menge dürfte aber wachsen. In den USA sind es schon 20 Prozent, insgesamt 41 Länder haben Förderprogramme aufgelegt. Die EU-Umweltminister haben Mitte April 2008 beschlossen, dass bis zum Jahr 2020 zehn Prozent des europäischen Kraftstoffverbrauchs durch Biosprit gedeckt werden soll. Derzeit sind es zwei Prozent. Immerhin will die EU-Kommission einen Kriterienkatalog erarbeiten, der sicherstellen soll, dass Biokraftstoff ohne negative Folgen für Umwelt und Nahrungsmittelversorgung produziert wird.

Exportsubventionen

Dank Dünger und leistungsfähigerer Landmaschinen produzieren in den industrialisierten Staaten weniger Landwirte mehr Nahrungsmittel, als dort benötigt werden. Es kommt zur Überproduktion, die durch Subventionen kompensiert wird. Die Europäische Union und auch die USA zahlen ihren Landwirten solche Subventionen.

Zum Beispiel sind Rindfleisch aus den USA oder Getreide aus Deutschland auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig. Mithilfe staatlicher Geldspritzen werden die Preise



„Wir haben es nicht mit einem physischen, sondern einem ökonomischen Problem zu tun. Die weltweite Nahrungsmittelproduktion ist nicht signifikant gesunken. Die Welt könnte ausreichend Nahrung für alle Menschen produzieren.“

Stefan Tangermann, Direktor für Handel und Landwirtschaft bei der OECD

künstlich gedrückt, die Anbieter aus den Industrienationen sind damit wieder konkurrenzfähig. Das freut die Landwirte in diesen Staaten, für ihre Kollegen in den Entwicklungsländern ist das aber verheerend. Trotz der seit 2002 steigenden Weltmarktpreise für Agrarprodukte lohnt es sich für sie nicht, im eigenen Land zu produzieren, denn die Eigenproduktion ist immer noch teurer als der Einkauf.

Die durch Subventionen preisgünstigeren Exporte aus der EU oder den USA sind für die Konsumenten in Entwicklungsländern kurzfristig von Vorteil, denn sie können billiger einkaufen. Geflügelzüchter in Ghana, Milchbauern in Sambia oder Maisfarmer in Mexiko haben allerdings ihre Produktion aufgegeben oder aufgeben müssen. Langfristig werden dadurch Ausbau und Entwicklung des heimischen Agrarsektors gebremst.

Handelsbarrieren

Marktmechanismen werden auch auf der Importseite außer Kraft gesetzt. Preise für Nahrungsmittel weichen in einzelnen Ländern vom Weltmarktpreis ab. Grund dafür können Importbeschränkungen sein, denn wenige Staaten haben offene Grenzen für Nahrungsmittellieferungen. Deshalb kann zum Beispiel Weizen aus dem Ausland teurer sein als der im Inland angebaute. Mit Schutz- oder Strafzöllen sollen die einheimischen Bauern vor ausländischer Konkurrenz abgeschirmt werden. Auch den umgekehrten Weg gibt es: In Zeiten knapper Nahrungsmittel wird in manchem Land darüber nachgedacht, Importe zu

belohnen. Das Preissignal auf den Weltmärkten wird aber sowohl durch Behinderungen als auch durch Importförderungen gestört.

Spekulation und Hortung

Wer sein Ersparnis Ende 2006 in Agrar-Rohstoffe investierte, hat den Kapitaleinsatz inzwischen verdoppeln können. Allerdings lässt sich kaum ermitteln, wie viel am globalen Agrarhandel tatsächlich Spekulation und nicht mit realen Liefermengen unterlegt ist. Niemand weiß, welchen Anteil am Preisauftrieb Wetten auf künftige Ernten haben. Schätzungen für den Weizenmarkt gehen davon aus, dass der Spekulationsanteil im Verhältnis zur weltweiten Weizenjahresproduktion bei unter einem Prozent liegt.

Eine schärfere Form der Spekulation ist die Preisbeeinflussung durch Hortung. Angesichts bereits knapper Vorräte werden Agrargüter aufgekauft und eingelagert. Dadurch wird eine künstliche Knappheit erzeugt. Sollten kommende Ernten weniger ertragreich ausfallen, werden die gehorteten Lager wertvoller. Aber auch in diesem Fall ist kaum abzuschätzen, welche Relevanz dieses Verhalten auf die derzeitige Preisentwicklung hat.

Zahlreiche Wirkmechanismen

Zu den besonders ins Auge fallenden Faktoren für die Preissteigerungen gesellen sich weitere:

■ Der steigende Erdölpreis verteuert die Produktionskosten für Landwirte, weil Treibstoff und energieintensiv hergestellter Dünger mehr kosten.

■ Preissteigernd wirken klimatische Faktoren und Wetterkapriolen. Beispielsweise hat die Dürre in Australien 2007 für enorme Ernteausfälle gesorgt. Das hat die Weltmarktpreise steigen lassen, weil das Land zu den großen Agrarexportnationen zählt.

■ Wenig beachtet, aber gravierend wirkt sich preistreibende Misswirtschaft aus. Unfähige Regierungen, Korruption, mangelhafte Infrastruktur oder diktatorische Regimes ruinieren die Produktivität eines Staates.

■ Die althergebrachte Form der Entwicklungshilfe hat ebenfalls Schuld an den Preisentwicklungen. Mancher Selbstversorger geriet in neue Abhängigkeiten, zum Beispiel die Philippinen: Das Land wurde vom Reixexporteur zum Reiximporteur. Lediglich vier Prozent der Entwicklungshilfe flossen 2007 der Weltbank zufolge in den ländlichen Raum. Dort jedoch lebten zwei Drittel der Armen. Großprojekte wie Staudämme scheinen prestigeträchtiger zu sein als die nachhaltige Unterstützung der Landbevölkerung in dünn besiedelten Regionen.

Zeit für einen Politikwechsel

Die umfassende – und vermutlich unvollständige – Liste ist wenig erfreulich. Es fällt auf, dass, von Wetter- und Klimakapriolen abgesehen, vorrangig politische Eingriffe die Preise nach oben treiben. In guter Absicht wird versucht, Anreize zu setzen, zu lenken, zu fördern. Knapp eine Milliarde hungernde Menschen sind ein trauriger Beleg, wie wenig erfolgreich bisherige Eingriffe waren.

Das bedeutet aber, dass eine Lösung schnell zu finden ist. Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erfolgt in Zukunft auf dem Markt, ohne preisverzerrende Eingriffe. Steigende Preise signalisieren dann vor allem, dass es sich wieder lohnt, Flächen zu bebauen.

Angesichts der hohen Preise für Agrarprodukte ist der Zeitpunkt in den Industrienationen günstig, schnellstmöglich auf Exportförderungen zu verzichten. Marktprozesse lassen Spielräume für Innovationschübe, technologischer Fortschritt könnte die Situation mittel- und langfristg entschärfen: Neue und billigere Düngemittel, modernisierte Anbaumethoden, fortschrittliche Biokraftstoffe, all das könnte für die Zukunft zu einer ausgewogeneren weltweiten Landwirtschaft führen.

Das wird wohl nicht von heute auf morgen geschehen können. Neue Felder brauchen einige Zeit, um kultiviert zu werden. Die unzähligen Fehlanreize der Vergangenheit lassen sich nicht von einem auf den anderen Tag aus den Köpfen und aus der Welt verdrängen.

Die Chancen für einen Politikwechsel stehen gut: Die Experten der Welternährungsorganisation sind überzeugt, dass die Landwirtschaft im derzeitigen Entwicklungsstand in der Lage wäre, zwölf Milliarden Menschen zu ernähren. Aktuell leben rund 6,6 Milliarden Menschen auf der Erde. Wenn so viel Potential brach liegt, wird es höchste Zeit, diese Chancen neu zu bestellen.

Andreas Schirmer



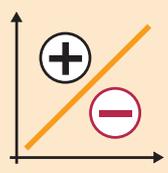
„Wirklich schöpferische Gedanken aber, die neue Wege weisen, werden nicht in Kollektiven geboren, sondern tragen immer einen persönlichen Stempel.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Mai 2008

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕
Für den Zeitraum Oktober 2007 bis April 2008 meldet die Bundesagentur für Arbeit 485 000 Ausbildungsplatzbewerber. Davon suchen noch rund 210 000 eine Stelle. Den Suchenden stehen im Moment gut 190 000 offene Lehrstellen gegenüber.

Lehrstellen	
gemeldete Lehrstellen*	380 700
betriebliche	359 700
außerbetriebliche	21 000
gemeldete Bewerber*	485 600
noch unversorgt	190 000

* von Oktober 2007 bis April 2008
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ist optimistisch: Die Zahl der von Januar bis April unterschriebenen Lehrverträge sei im Vergleich zu 2007 um 8,6 Prozent gestiegen. Setze sich der Trend fort, sei das die Wende am Lehrstellenmarkt.

Die Bundesregierung ist vorsichtiger. Laut Berufsbildungsbericht könnten 200 000 Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgehen; 2007 blieben

100 000 junge Erwachsene ohne Lehrstelle.

Einig sind sich aber alle, dass die Situation besser geworden ist: Im Vergleich zum Vorjahr gibt es elf Prozent mehr betriebliche Lehrstellen.

Eigenverantwortung ⊕
Die Zahl der Freiberufler in Deutschland wächst stetig: Während 1999 rund 668 000 als „Angehörige Freier Berufe in selbständiger Tätigkeit“ aktiv waren, lag die Zahl 2007 bei 945 000 – ein Zuwachs von mehr als 40 Prozent. Insgesamt sind 3,8 Millionen Menschen in diesem Bereich be-



schäftigt, das sind knapp zehn Prozent aller Erwerbstätigen.

Weniger Bürokratie und mehr Planungssicherheit bei Gesetzen könnten noch mehr Menschen zu eigenverantwortlichem Wirtschaften animieren. Der Bund der Selbständigen hat im Frühjahr 2008 seine Mitglieder befragt. Das Ergebnis: Die Arbeit der Bundesregierung unter Angela Merkel erhielt die Durchschnittsnote 3,4. Im Sommer 2007 wurde sie noch mit 3,25 bewertet.

Geldwertstabilität ⊖
Während Butter nach drastischen Preissteigerungen im Herbst 2007 beinahe wieder so viel bzw. so wenig kostet wie in den Jahren zuvor, haben sich die Preise anderer Nahrungsmittel auf höherem Niveau eingependelt. Im Vergleich zum Vorjahr waren Nahrungsmittel – dafür verwenden die Deutschen im Schnitt etwa ein Zehntel ihres Einkommens – knapp neun Prozent teurer. Die Verbraucherpreise insgesamt stiegen dagegen „lediglich“ um 2,4 Prozent.

Es ist umstritten, ob gestiegene Nahrungsmittelpreise durch Knappheitsverhältnisse, Spekulationen windiger Finanzmarktjongleure oder staatliche Eingriffe verursacht werden. Ordnungspolitisch ist die Sache eindeutig: Soweit Preise Knappheiten anzeigen, helfen sie, diese Knappheiten zu überwinden. Spekulationen verweisen dagegen auf (Fehl-)Entwicklungen und können nur im Rahmen internationaler Regelungen „gebändigt“ werden. Für die Politik heißt das, preistreibende Maßnahmen – beispielsweise die Pflicht zur Beimischung von Biokraftstoffen – zu überdenken und am besten völlig zu unterlassen.

Teuerung

Änderung der Verbraucherpreisindizes zum Vorjahr, in Prozent

	Gesamt	Nahrungsmittel
2003	1,0	-0,1
2004	1,7	-0,3
2005	1,5	-0,2
2006	1,6	1,9
2007	2,3	3,9
2008*	2,4	7,3

* April
Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: OECD (innen)
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard